

# Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

erneut stand in dieser Woche die **europaweite Finanz- und Wirtschaftskrise** im Mittelpunkt der Debatte. Am Wochenende tagt der Europäische Rat, das Gremium der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union. Ich erwarte von Union und FDP, dass sie endlich zu einer klaren Haltung finden. In dieser Woche herrschte jedoch nur Chaos. Die Kanzlerin sagte ihre für Freitag anberaumte Regierungserklärung kurzfristig ab. Die Regierung sagt immer: „Haben Sie Vertrauen, wir entscheiden schon das Richtige!“ Aber ich sage: Wie will man in eine Regierung noch Vertrauen haben, die ihre Entscheidungen von einem auf den anderen Tag über Bord wirft? Wie will man Vertrauen haben, wenn nach dem Willen der Regierung alle wichtigen Entscheidungen in nicht-öffentlichen Sitzungen des Haushaltsausschusses getroffen werden sollen und nicht im Plenum vor den Augen der Öffentlichkeit? Ich habe dieses Vertrauen nicht, und ich befürchte, dass das schwarz-gelbe Chaos Europa und Deutschland weiter in die Krise führen wird, anstatt Lösungen zum Weg aus der Krise zu präsentieren. Ich bin mir nicht sicher, ob die Koalition selbst ratlos ist – dafür spricht einiges –, oder ob sie bewusst die Öffentlichkeit täuscht. Beides ist Politikversagen.

Wir brauchen einen klaren Kurs bei der Regulierung der Finanzmärkte. Ich befürchte, dass die Bundesregierung auch hier orientierungslos agiert. Zwei Jahre hat sich die schwarz-gelbe Koalition abwartend und ausweichend zur eskalierenden Staatsfinanzierungskrise in Griechenland verhalten. Das System Merkel, Entscheidungsbedarf im Euro-Raum zu leugnen und Weichenstellungen herauszuzögern, nur um sich dann von den Märkten zu überstürzten, verspäteten und unzureichenden Schritten treiben zu



**Berlin-Brief, Ausgabe 104**  
**21. Oktober 2011**

*Meine Termine*

**Ausbildungsmesse des Initiativkreises  
„Hauptschülern eine Chance geben“**  
21.10.2011, 16 Uhr, Heilbronn, Handwerkskammer, Allee 76

**Podiumsdiskussion mit Evelyne Gebhardt MdEP: Europa der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer?**  
21.10.2011, 18 Uhr, Heilbronn, Ringhotel, Lohtorstraße 7

**Graduierungsfeier für Absolventen der Hochschule Heilbronn im Bereich Wirtschaft**  
22.10.2011, 17 Uhr, Heilbronn, Bildungscampus

**Jazz in der Altstadt**  
22.10.2011, 19.30 Uhr, Eppingen, Ahnenkeller der Brauerei Palmbräu

**Sitzungswoche**  
24.-28.10.2011, Berlin

*Josip Juratovic MdB*

**Abgeordnetenbüro**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. 030-227-70107  
[josip.juratovic@bundestag.de](mailto:josip.juratovic@bundestag.de)

**Bürgerbüro**  
Untere Neckarstr. 50  
74072 Heilbronn  
Tel. 07131-783616  
[josip.juratovic@wk.bundestag.de](mailto:josip.juratovic@wk.bundestag.de)

**Im Internet:**  
[www.juratovic.de](http://www.juratovic.de)

*Berlin-Brief regelmäßig per E-Mail bekommen? Einfach Bürgerbüro kontaktieren!*

lassen, ist gescheitert. Nach zwei Jahren Regierungschao ist jetzt die Schwelle erreicht, wo aus Risiken manifeste Gefahren werden: Das Herbstgutachten 2011 der Wirtschaftsforschungsinstitute diagnostiziert einen Wachstumseinbruch in Deutschland wegen fehlender Bewältigung der Banken- und Schuldenkrise. Es wirft der Bundesregierung vor, dass sie der Vertrauenskrise in Europa nur zugesehen hat. Zugleich sieht das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) „schwere Zeiten für den Arbeitsmarkt“ voraus. Die Früchte der Vergangenheit sind aufgezehrt. Der Abbau der Arbeitslosigkeit erlahmt.

Und dennoch kündigen Wolfgang Schäuble und Philipp Rösler Steuersenkungen an – etwas Unseriöseres gibt es nicht! Zum Jahresanfang 2013, also gerade so vor der Bundestagswahl, soll die Einkommensteuer abgesenkt werden. Ganz offensichtlich handelt es sich dabei um eine vermeintliche Rettungsaktion für die FDP. Es ist aber vor allem eine Aktion zu Lasten der Länder und Kommunen, denen auf Grund der schwarz-gelben Politik weitere Milliarden genommen werden. Es ist unseriös, dass in Zeiten, wo wir genau vor Augen geführt bekommen, was eine zu hohe Staatsverschuldung auslösen kann, auch noch die Steuern gesenkt werden und damit die Verschuldung in die Höhe getrieben wird!

Das schwarz-gelbe Politikversagen ist nicht nur für unsere Wirtschaft dramatisch, sondern kann auch zu einer veritablen Gefahr für die Demokratie werden. Wenn die Menschen der Politik nicht mehr zutrauen, die anstehenden Probleme zu lösen, wird durch die Wirtschafts- und Finanzkrise nicht nur das Vertrauen in den Markt zerstört, sondern auch das Vertrauen in die Demokratie. Dass weltweit mit der in den Vereinigten Staaten begonnenen Bewegung „Occupy Wall Street“ Demonstranten gegen das herrschende Bankensystem auf die Straße gehen, zeigt, dass wir dringend den Finanzmarkt regulieren und das Primat der Politik über die Wirtschaft wiederherstellen müssen.

Neben dieser alles beherrschenden Debatte habe ich am Donnerstag im Plenum eine **Rede zu Werkverträgen gehalten, die Sie anbei finden**. Mehrere Unternehmen versuchen zunehmend, Lohnkosten über Werkverträge, die sie an externe Personalfirmen geben, zu drücken. Das sorgt für eine weitere Entsolidarisierung im Betrieb. Das Problem ist, dass Arbeit nur noch als Ware gesehen wird. Es ist nicht mehr die Personalabteilung, die Menschen mit ihren Fähigkeiten und ihrem Know-How anstellt, sondern es ist die Einkaufsabteilung, die eine Arbeitsleistung einkauft. Ich finde es immer wieder erschreckend, wie wenig die Menschlichkeit in dieser Arbeitswelt, in der an vielen Stellen nur noch „Geiz ist geil“ gilt, vorkommt.

Mit freundlichen Grüßen

